

Motion über die Einführung einer Ausweispflicht als Voraussetzung für Schulanmeldungen, -einschreibungen im Kanton Luzern

eröffnet am 4. April 2011

Die illegale Einwanderung in die Schweiz und damit auch in den Kanton Luzern hat in den letzten Monaten und Jahren massiv zugenommen. Immer mehr ausländische Personen halten sich ohne gültige Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz auf.

Die Schweiz ist als Hochlohnland sehr attraktiv. Speziell attraktiv ist aber auch die Tatsache, dass bisher illegale Immigranten ihre Kinder gratis in hiesigen Schulen unterrichten lassen können, ohne dass die Schulen eine Meldung ans Migrationsamt erstatten. Dies ist inakzeptabel und geradezu eine Einladung. Illegale Einwanderer verfügen nicht nur über keine Niederlassungspapiere, sie zahlen auch keine Steuern und keine Sozialabgaben. Damit verletzen sie eine ganze Reihe von Gesetzen und nehmen dafür staatliche Leistungen in Anspruch.

Wir verlangen vom Regierungsrat, dass für die Schulen aller Stufen inklusive Fachhochschulen und Universitäten auf dem Kantonsgebiet bei der Anmeldung/ Einschulung zwingend eine Niederlassungsbewilligung, ein Ausländerausweis oder ein gültiges Studentenvisum verlangt werden muss. Weiter soll eine generelle Meldepflicht der Schulen an das Migrationsamt bei ausländischen Schülern und Studenten eingeführt werden. Damit kann zumindest die Attraktivität eingedämmt werden, dass illegale Einwanderer in der Schweiz auf Kosten der ehrlichen Steuerzahler in diesem Land kostenlos studieren können.

Der Regierungsrat wird daher beauftragt, die entsprechenden Gesetze, Verordnungen und Weisungen so anzupassen, dass

- Schulanmeldungen, -einschreibungen an Schulen, Hochschulen und der Universität im Kanton Luzern zwingend nur gegen Vorlage einer gültigen Niederlassungsbewilligung, Aufenthaltsbewilligung beziehungsweise eines gültigen Studentenvisums erfolgen dürfen,
- die Schulen dem kantonalen Migrationsamt zwingend die ausländischen Schüler bei der Schulanmeldung zu melden haben (Meldepflicht).

Weiter setzt sich der Regierungsrat bei der Universität und beim Hochschulkonkordat dafür ein, dass Einschreibungen in diesen Institutionen nur gegen Vorlage eines der oben genannten Dokumente erfolgen dürfen.

Müller Guido

Luternauer Guido
Graber Christian
Bachmann Moritz
Dickerhof Urs
Kälin Erhard
Thalmann-Bieri Vroni
Britschgi Nadia
Müller Pius
Hartmann Armin
Winiker Paul
Zwimpfer Fredy
Habermacher Roland
Dahinden Erwin
Odermatt Robert
Keller Daniel
Omlin Marcel